

## Bürgerorientierte Sicherheitsarbeit in verletzlichen Quartieren

Die Diskussionen um die Sicherheit in der Stadt, die Bedingungen des polizeilichen Handelns und die Ziele der polizeilichen und nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr konzentrieren sich in der Regel auf „die Störung“ und den „Störer“. Vor allem die repressive Arbeit ist auf den Täter von kriminellen Handlungen und Ordnungsstörungen ausgerichtet, der kontrolliert, überwacht, ermittelt werden soll. Und auch die Vorbeugung rückt als sekundäre Prävention meist den potentiellen Täter und als tertiäre Prävention den schon identifizierten Täter in den Blick. Die Gestaltung von situativer Kriminalprävention strebt an, den potentiellen Täter an der Ausführung zu hindern. In diesen Bereichen ist die Sicherheitsarbeit weitgehend gut entwickelt, aber in Hinblick auf die Opfer- und Gefährdungsperspektive unter Berücksichtigung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs besteht in Deutschland nicht nur ein wissenschaftliches Erkenntnisdefizit, sondern auch ein *Awareness*-Problem bei Sicherheitspraktikern. Diesem soll in diesem Aufsatz nachgegangen werden, wobei der Schwerpunkt hier auf verletzliche Quartiere gelegt werden soll.

### *Verletzlichkeit*

Die kriminologische Diskussion um Verletzlichkeit, oder auch: die Vulnerabilität, ist in Deutschland insgesamt als eher mager einzustufen. Zwar betrachtet die kriminologische Sub-Disziplin der Viktimologie Prädispositionen der Opferwerdung (vgl. Hope 2011) und verweist die Forschung über Sicherheitsempfinden auf unterschiedliche Ausprägungen der Kriminalitätsfurcht bei vulnerablen oder sich als verletzlich empfindenden Gruppierungen (meist bezogen auf Frauen und alte Menschen, vgl. z.B. Boers 1991), doch fehlt hierzulande eine konzeptionelle Analyse der Verletzlichkeit und der daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. Im angelsächsischen Raum hat die Betrachtung von *vulnerability* und *vulnerable groups* einen etwas höheren Stellenwert und wird vor allem in Hinblick auf *community policing*, also gemeinwesenorientierte oder bürgerorientierte Sicherheitsarbeit diskutiert (Bartkowiak-Théron/Asquith 2012).

Simon Green (2011) betrachtet – mit Bezug auf Killeas (1990) – die Verletzlichkeit in Hinblick auf physische, soziale und situative Komponenten, die

beim bzw. vom Individuum im Kontext der biografischen, kulturellen und umgebungsbedingten Lebensbedingungen gesehen und gedeutet werden und dabei sowohl innere und äußere Einflüsse berücksichtigt. Er definiert weiter (ebd., S. 92):

“Vulnerability is often used to express the level of risk posed to certain groups or individuals. The more vulnerable a person is the more at risk they are of victimisation. It can also be used to refer to the level of harm we are likely to suffer when we are victimised. The greater the impact and consequences of victimisation the more vulnerable a person is. Hence vulnerability can be measured on two axis, risk and harm.”

Das Ausmaß der Verletzlichkeit kann also an Risikolagen einerseits und dem Schädigungsgrad andererseits festgemacht werden, der weitgehend individuell bestimmt und nicht allgemein objektivierbar ist. Die Schädigungseinstufung ist nämlich abhängig von der Coping-Fähigkeit in dem komplexen Zusammenspiel der Einschätzung – oder faktischen Lage – von Selbstschutzkompetenz, Fluchtmöglichkeit bei etwaigem Angriff, der Fähigkeit zur Abwehr von Gefahr, aber auch den Chancen sich physisch, psychisch, materiell und/oder sozial von einer Schädigung zu erholen.

Eine eher schwache Coping-Fähigkeit und erhöhte Verletzlichkeit ist bei körperlich, geistig, seelisch und/oder sozial schwachen Personen anzunehmen. Bereits klassisch ist hierbei die Vulnerabilität von Frauen, Kindern und alten Menschen. Hinzu kommt die Verletzlichkeit von z.B. Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung. In der Regel wird dabei die Verletzlichkeit individualisiert betrachtet und geht dabei mit gering wahrgenommenen körperlichen Abwehrfähigkeiten, vorhandenen Handicaps und niedrigem Selbstvertrauen einher. Hierbei fokussiert die Verletzlichkeitshypothese eher die subjektiv wahrgenommenen Bewältigungsfähigkeiten als die tatsächlich vorhandene Fähigkeit, sich in einer gefährlichen Situation verteidigen zu können (Bals 2004; Bornewasser/Köhn 2012).

Chakraborti/Garland (2012) verweisen auf die Verletzlichkeit auch im Kontext von *hate crime*. Das im angelsächsischen Raum schon länger diskutierte Phänomen wird erst seit wenigen Jahren als Hass-Kriminalität bzw. als Kriminalität mit Bezug auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch in Deutschland näher betrachtet und umfasst Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsradikalismus (Schneider 2003, vgl. auch Banzenberg et al. 2006). Doch auch z.B. sexuelle Minderheiten, Obdachlose oder religiöse Minoritäten sind von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen und werden Opfer von Hass-Kriminalität.

Verletzlichkeit ist also keineswegs analytisch auf individuelle Coping-Fähigkeit zu begrenzen, sondern muss die Risiken mit ihren verschiedenen Ein-

flussfaktoren (u.a. Motivlage der Angreifer) zudem auch die äußeren Schutzfaktoren, wie zum Beispiel soziale Integration, gute Polizeiarbeit oder Zugang zu sozialen Diensten, mit berücksichtigen. Dabei gilt es Verletzlichkeiten von der individuellen Wahrnehmung zu entkoppeln und mehr zu abstrahieren, um so die *risks and harms* zu erfassen.

### *Verletzlichkeit als Resultante aus Mangel an Kapitalien*

Ein wichtiger Faktor in der Betrachtung von Verletzlichkeit ist die Ressourcenausstattung mit ihren Wirkungen auf die persönliche Risikobewertung und die Coping-Fähigkeit von Menschen. Wetzels u.a. (1995, S. 219) haben mit Bezug auf die Kriminalitätsfurcht diesen Aspekt aufgegriffen und die Ressourcen in drei Kategorien differenziert:

- Psychische Ressourcen, personale Einflussfaktoren (Einstellungen, Motive, Überzeugungen, Persönlichkeitsdispositionen, Normen und Werte, Handlungsoptionen),
- Soziale Ressourcen (Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung, Lebensstil, Wohnumgebung),
- Psychosoziale Ressourcen, soziale Unterstützung.

Diese verdeutlichen bereits bedeutsame Elemente, die jedoch wiederum die individuelle Ressourcenausstattung in den Vordergrund rücken. Fruchtbare für die Betrachtung der Verletzlichkeit ist die Nutzung des Kapitalien-Ansatzes von Pierre Bourdieu, der noch klarer die Dimension der sozialen Ungleichheit aufgreift und somit Wirkungen auf soziale (Groß-)Gruppen analysieren hilft. Ohne an dieser Stelle Bourdieus Feldkonzept intensiver aufgreifen und erläutern zu können und zu wollen (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996) sei postuliert, dass auch „Sicherheit“ als ein Feld angesehen werden kann, in dem eine eigene Logik nicht nur die Wahrnehmung von sozialen Phänomenen bestimmt, sondern sich auch spezifische Strukturen und Funktionen herausbilden, die wiederum den sich im Feld bewegenden Menschen Positionen, z.B. in Hinblick auf Macht und Einfluss, Freiheiten und Zwänge etc., zuweisen. In den Feldern werden materielle und symbolische Güter produziert und konsumiert. Dabei sind diese Produktion und Konsumtion der Güter durch Spielregeln bestimmt, die sich auf die Handlungsbedingungen auswirken.

Die Handlungsbedingungen wiederum sind durch die Kapitalausstattung der Menschen geprägt. Zwar bedient sich Bourdieu hier der Begrifflichkeit aus dem Feld der Ökonomie, doch entwickelt er das Kapital-Konzept weiter, da in verschiedenen Feldern unterschiedliche Kapitalien von mehr oder auch weniger Bedeutung sind. „Mit seiner Herangehensweise erweitert Bourdieu den herrschenden Begriff der Ökonomie vom allein verdinglichten Kapital auf verschie-

dene Kapitalarten. Zum Beispiel Ehre, künstlerische Anerkennung, Wissen, wissenschaftliche Reputation, Wahrheit usf. und um die miteinander um diese Kapitalarten konkurrierenden und kämpfenden Menschen, wobei auch in dieser Perspektive die ökonomischen Funktionslogiken Optimierung des Einsatzes (Geld, Kreativität, Beziehungen, Verstand) und Akkumulationen von Kapital erhalten bleiben“ (Schöne 2011, S. 58).

Bourdieu unterscheidet vier wesentliche Kapitalarten, die in verschiedenen Feldern unterschiedliche Bedeutung besitzen können.

- Hier ist zum einen das (traditionelle) *ökonomische Kapital* zu nennen, das sich in Einkommen und Vermögen sowie den damit verbundenen Lebensgestaltungsmöglichkeiten ausdrückt.
- Zum Zweiten verweist er auf *kulturelles Kapital*, das sich beispielsweise als *objektiviertes* kulturelles Kapital in Kulturgütern (Kunstwerke, Gemälde, Bücher etc.) darstellt, als *inkorporiertes* kulturelles Kapital besteht, das in Form von kulturellen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissensformen auf der Basis von Bildung entwickelt wird, und schließlich *institutionalisiertes* kulturelles Kapital, das sich z.B. in Bildungstiteln niederschlägt.
- „Das *soziale Kapital* ist die Summe der aktuellen und virtuellen Ressourcen, die einem Individuum oder einer Gruppe aufgrund der Tatsache zukommen, daß sie über ein dauerhaftes Netz von Beziehungen, einer – mehr oder weniger institutionalisierten – wechselseitigen Kenntnis und Anerkennung verfügen; es ist also die Summe allen Kapitals und aller Macht, die über ein solches Netz mobilisierbar sind“ (Bourdieu/Wacquant 1996, S. 151). Es geht also um soziale Beziehungen, Freundschaften, Verwandtschaften, berufliche und private Netzwerke, die im Bedarfsfall als z.B. Unterstützung, Beratung oder Begleitung aktiviert werden können.
- Das *symbolische Kapital* bezieht sich beispielsweise auf die Anerkennung und Wertschätzung, die mit den feldspezifischen Wahrnehmungskategorien in einer besonderen Logik verbunden sind. Ist im Feld der Ökonomie das ökonomische Kapital entscheidend, so ist im Wissenschaftsbereich mehr das institutionalisierte kulturelle Kapital (akademische Grade und Titel, Positionen) wichtig.

Für Pierre Bourdieu dient die Analyse des Kapitals bzw. der verschiedenen Kapitalien im Wesentlichen dazu, die ungleiche Kapitalausstattung der Menschen für die Beschreibung sozialer Ungleichheiten zu nutzen. Die Kapitalausstattung prägt die Handlungsmöglichkeiten bzw. Handlungsrestriktionen. Und vor dem Hintergrund der Kernthese in jeglichem Kapitalkonzept, dass Kapital sich mehreren kann oder im Sinne von Kosten aufgewandt wird und somit schrumpfen kann, ermöglicht die Betrachtung der Kapitalausstattung einen Blick auf die Lebenschancen der Menschen.

Im Hinblick auf die Verletzlichkeit wird hier die These formuliert, dass ein Mangel an ökonomischem, kulturellen, sozialen und symbolischen Kapital die Verletzlichkeit steigert, während eine gute Ausstattung mit Kapitalien die Verletzlichkeit grundsätzlich mindern kann.

Dies kann am Beispiel der Verletzlichkeit im Kontext von Eigentumsdelikten verdeutlicht werden: Wer aufgrund eines geringen ökonomischen Kapitals seine Wohnung nicht mit Schlössern, einbruchsresistenten Türen und Fenstern oder einer Alarmanlage schützen kann, ist ein leichte(re)s Opfer von Wohnungseinbrüchen. Wenn nun auch das soziale Kapital in Form einer gut funktionierenden Nachbarschaft mit aufmerksamen Mitbewohnern fehlt, die bei längerer Abwesenheit den Briefkasten entleeren oder einen Blick auf Ungewöhnliches im Wohnumfeld haben, wird das Risiko gesteigert, da die informelle Kontrolle reduziert wird. Fehlt das kulturelle Kapital der Bildung ist die Kenntnis über Prävention begrenzt und die mangelnde Verfügung über symbolisches Kapital reduziert die Beschwerdefähigkeit gegenüber Institutionen wie der Polizei oder der Kommune, um organisierte Unterstützung erfolgreich einzufordern.

Hingegen können kapitalstarke Bürger/innen mit ihrem Geld, ihrem Wissen, ihren sozialen Netzwerken und ihrem guten Renommee in den verschiedenen Bereichen ihre *risks and harms* begrenzen: sie leisten sich gute Schlösser an ihren Haus- und Wohnungstüren, haben einbruchshemmende Fenster eingebaut, pflegen ihre Nachbarschaften und können sich als „Frau Professorin“ oder „Herr Generaldirektor“ schneller und besser bei Entscheidungsträgern Gehör oder öffentlich Bediensteten Aufmerksamkeit verschaffen.

Soziologischer formuliert heißt dies, dass im Feld der Sicherheit die Menschen in direkter und indirekter Konkurrenz zueinander stehen und um die Produktion und Konsumtion der Sicherheit, z.B. in Form von Schutz, ringen.

### *Segregation und verletzliche Quartiere*

Bereits an diesem kleinen Beispiel wird deutlich, dass eine ungleiche Ressourcen- bzw. Kapitalausstattung nicht nur individuell zu betrachten ist. Vor allem im großstädtischen Bereich nimmt mit der Segregation, die gerade in den ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts eine Beschleunigung und Dramatisierung erfuhr, die Verletzlichkeit von Quartieren deutlich zu. Während in den Zentren der Metropolen und den anliegenden Stadtteilen häufig starke Gentrifizierungen einsetzen sowie in anderen Kiezen Aufwertungen vorgenommen werden (vgl. Holm 2011), können gleichzeitig deutliche Verdrängungen von kapitalarmen Bevölkerungsgruppen festgestellt werden. Teilweise explodierende Mieten in den „hippen“ Vierteln bringen die ökonomisch und sozial Schwächeren in die Lage, in ärmere Stadtteile umziehen zu müssen. Hier kumuliert sich dann eine kapitalarme Einwohnerschaft und es entstehen soziale Brennpunkte,

„Ghettos“, „deprivierte Stadtteile“ oder „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, wie es dann mal mehr dramatisch oder euphemistisch bezeichnet wird.

Während die Stadtsoziologie in den USA bereits in den 1980er Jahren die „Wirkung der räumlichen Konzentration von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Quartieren“ aufgriff (Farwick 2012, S. 389 mit Verweis auf Wilson 1987), kam dieses Thema in Deutschland erst Ende der 1990er Jahre auf die wissenschaftliche Agenda. Untersucht werden die Effekte der sozialen Segregation vor allem in Hinblick auf Lebenslagen, die z.B. durch Armut, Bildungsdefizite, Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung geprägt sind. Farwick (2012, S. 391) verweist auf die häufig vorzufindenden Ressourcendefizite in diesen Stadtteilen und nennt beispielsweise begrenzte individuelle Selbsthilfepotentiale, schwache soziale Netzwerke mit geringen Unterstützungsmöglichkeiten, begrenzte Informationskanäle und *weak ties* zu sozialen Netzen, eingeschränkte Infrastrukturen (Bildung, ÖPNV u.a.) oder geringe Kaufkraft.

Die negativen Effekte deprivierter Wohnquartiere auf die individuelle Benachteiligung werden in empirischen Studien durchgehend bestätigt. Mit Bezug auf den Sicherheitsaspekt der Kriminalität konnten für Deutschland beispielsweise Oberwittler (2004) oder Wurtzbacher (2008) auf Zusammenhänge von Segregation, Wohnquartieren und Devianz bzw. Delinquenz aufmerksam machen. Im Vordergrund der Analysen stehen dabei zumeist die Zusammenhänge von Wohnquartier und Delinquenz, weniger hingegen von Wohnquartier und Vulnerabilität.

Diese Vulnerabilität wird von Annika Müller (2012) stadtsoziologisch unter dem Stichwort der „sozialen Exklusion“ diskutiert. Sie konstatiert eine zunehmende Unsicherheit und Schutzlosigkeit als Folge von Ausgrenzungsprozessen, wie sie sich beispielsweise in der sozialen und ethnischen Segregation räumlich niederschlagen und mit verschiedenen Desintegrationsprozessen (Heitmeyer 2004) einhergehen. Ausgangspunkt für soziale Exklusion sind wiederum Ressourcendefizite. Allerdings bezieht Müller ihre Argumentationen weniger auf Faktoren der *security* als vielmehr auf soziale Sicherheit.

Insgesamt ist mit den sozialen Segregationsprozessen, insbesondere bei der sozial erzwungenen Segregation, eine Verdichtung von Personen mit geringer Ausstattung an Kapitalien (im Bourdieuschen Sinne) in Stadtteilen festzustellen, was via der individuellen Verletzlichkeit der Benachteiligten in der Kumulation zur Bildung von vulnerablen Quartieren führt. Deren Einwohner wären oder sind nach der bereits zitierten Vulnerabilitätsdefinition von Green (2011, S. 92) also besonderen *risks and harms* ausgesetzt.

Die Messung bzw. Einschätzung der *risks* von vulnerablen Gruppen kann nun nicht unmittelbar an der Polizeilichen Kriminalstatistik festgemacht werden. So haben schon die Arbeiten zur Sicherheitslage von alten Menschen (vgl.

Greve et al. 1996; Wetzels et al. 1995) betont, dass die (registrierte) Viktimisierung von Seniorinnen und Senioren vergleichsweise gering ist, die Risiken aber aufgrund der Verletzlichkeit höher eingeschätzt und die Wirkungen eines Verbrechens, also *harm*, als gravierend betrachtet werden. Insofern darf Vulnerabilität nicht mit Viktimisierung gleichgesetzt werden. Und auch die Messung der Viktimisierung mit Hilfe der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ist aufgrund der vielfach beschriebenen Datenverzerrungen (Dunkelfeldproblematik, Zuordnungsprobleme u.a.) und Aussagebegrenzungen dieser polizeilichen Ausgangsstatistik schwierig.

Als heuristisches Unterfangen kann im Bewusstsein der Problematik jedoch ein Versuch des Vergleichs von Sozialstrukturen und Segregation mit Kriminalitätsbelastungen vorgenommen werden. Leider liegen nur selten von deutschen Städten passende Datensätze vor, die hier nutzbar sind. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die Stadt Berlin, die sowohl einen Kriminalitätsatlas vorlegt (vgl. Polizeipräsident 2014), der die PKS-Daten auf Ebene der Bezirke und Bezirksregionen deliktisch differenziert, als auch einen Sozialstrukturatlas herausgibt (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales 2014), der mit Sozialindizes Bezirke beschreibt und Segregation verdeutlicht.

Weist der Sozialatlas beispielsweise für die Stadtteile Reinickendorf, Spandau, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln eine besonders problematische soziale Lage auf, können Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Pankow und Charlottenburg-Wilmersdorf besonders positive Sozialdaten aufweisen (Senatsverwaltung 2014, S. 48).

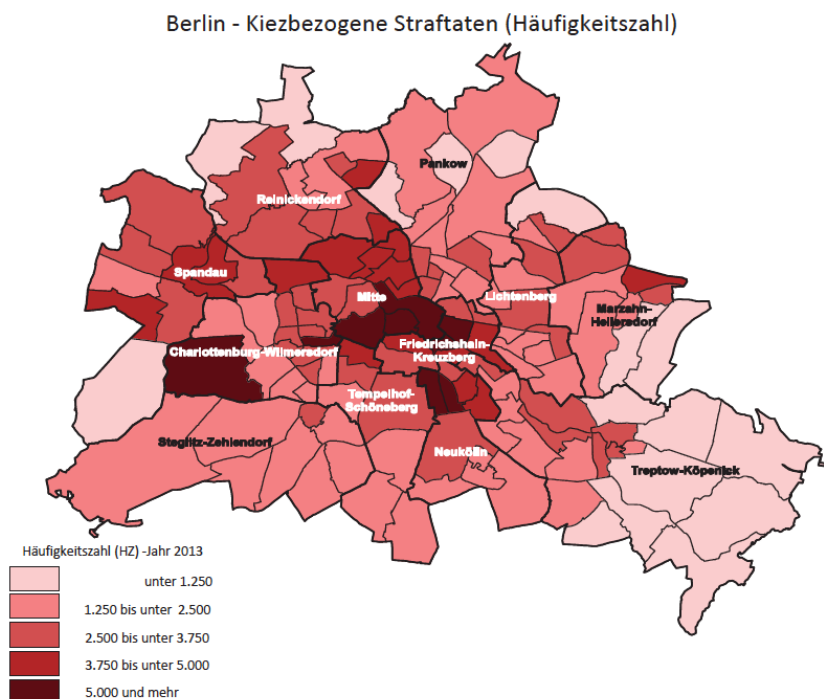
Die von der Senatsverwaltung für den Sozialindex genutzten Daten können unschwer auf die Kapitalien bezogen werden. So zeichnen sich die besseren Quartiere durch einen höheren Anteil von besser gebildeten Einwohnern (Hochschulreife/-abschluss), erhöhtem Anteil von Beamten/innen sowie Selbstständigen an den Erwerbstätigen sowie eine höhere Reichtumsquote aus. Die dunkler markierten Quartiere mit niedriger Schicht haben mehr Bewohner/innen, die Sozialleistungen nach SGB II („Hartz IV“) und XII (Sozialhilfe/Grundsicherung) erhalten, mehr ausländische Bewohner zählen, eine erhöhte Armuts(risiko)quote haben und eine vorzeitige und vermeidbare Sterblichkeit verzeichnen (Senatsverwaltung 2014, S. 25). Die Unterscheidungsmerkmale des ökonomischen und kulturellen Kapitals sind hier klar zu erkennen und die Effekte auf das soziale und symbolische Kapital mit Bourdieus' Theorien gut zu erschließen.

In der Gesamtkriminalitätsbetrachtung können auf Gesamtberlin gerechnet die benachteiligten Bezirke zwar eine leicht unterdurchschnittliche Belastungen aufweisen. Zu beachten ist jedoch, dass die Bereiche Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg sowie die dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zugehörige Bezirksregion Kurfürstendamm mit ihren speziellen Wohn- und Nutzungsstruktur



(Verdichtung von Konsum und Tourismus, Nah-/Fernverkehrsknotenpunkt) eine spezifische kriminogen wirkende Raumstruktur und konsequent besonders hohe Kriminalitätsbelastung aufweisen. Bei der Betrachtung der Kiezbezogenen Straftaten<sup>1</sup> zeigen sie jedoch (wenn die o.g. besonders kriminalitätsbelasteten Bezirksregionen unberücksichtigt bleiben) durchaus überdurchschnittliche Daten (Polizeipräsident 2014, S. 30). Bei den besser situierten Stadtteilen sind hingegen durchschnittliche und teilweise unterdurchschnittliche Kriminalitätsbelastungen vorzufinden.

Abb. 1: Kiezbezogene Straftaten



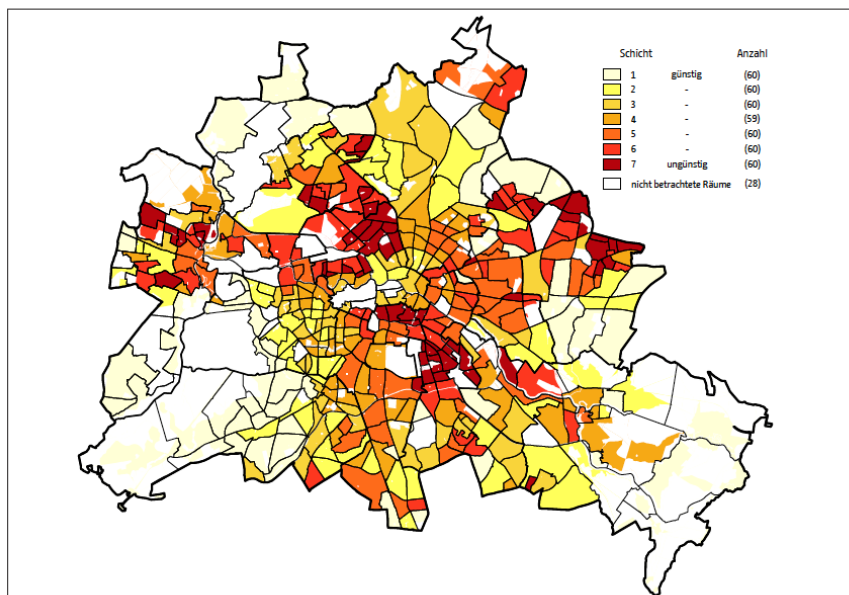
Quelle: Polizeipräsident 2014, S. 30

1 Hierzu werden gezählt Automateinbruch, Bedrohung, Freiheitsberaubung, Keller- und Bodeneinbruch, Körperverletzung/KV in der Öffentlichkeit, Misshandlung von Kindern/Schutzbefohlenen, Nötigung, Raub, Sachbeschädigung an Kfz, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Wohnungseinbruch (Polizeipräsident 2014: 6).



Wird die Färbung der Kriminalitätsbelastung nun mit der grafischen Darstellung der Schichtstruktur verglichen, so fällt doch auf, dass die Regionen mit niedriger Schichtzugehörigkeit stärker von Straftaten betroffen sind, als die besser situierten Kieze.

Abb. 2: Schichtstruktur in Berlin



Quelle: Senatsverwaltung 2014, S. 30.

Die Kapitalien-Defizite, die zu einer gesteigerten Vulnerabilität führen, schlagen sich somit wohl doch in Viktimisierungen nieder, wobei eine nähere Analyse notwendig erscheint.

Auffällig ist, dass die beiden Berliner Quellen „Kriminalitätsatlas“ und „Sozialstrukturatlas“ keinen Bezug aufeinander nehmen. So beleuchtet der Kriminalitätsatlas nicht die soziale Lage in den auffälligen Quartieren und finden sich im Sozialatlas keinerlei Verweise auf Kriminalität und Viktimisierung, die doch gleichwohl auch einen Hinweis auf soziale Belastungen geben. Dies ist wiederum ein Indikator, dass eine ganzheitliche (und ressortübergreifende) Betrachtung von sozialen Problemen zumindest auf der politischen Analyse- und Steuerungsebene kaum erfolgt.

### *Auf dem Weg zu mehr Sicherheit*

Die Beziehungen und Verknüpfungen von Territorialität und Kriminalität wurden bereits von Oscar Newman (1973) mit dem *Defensible-Space*-Ansatz, die Bedeutung von Sozialkontrolle für die Kriminalitätsvermeidung von Cohen/Felson (1979) im Rahmen des *Routine-Activity-Approaches* oder die Risiken der Nicht-Bearbeitung von Regelverstößen von Wilson/Kelling (1982) mit dem *Broken-Windows*-Theorem ausgiebig diskutiert. Diese bereits recht alten Erkenntnisse sind augenscheinlich auch für die moderne Stadt und ihre Wandlungsprozesse gültig:

Die fortschreitende soziale und ethnische Segregation führt zur Herausbildung von Quartieren mit einer kapitalarmen Bevölkerungsstruktur. Die Bündelung von Personen mit kapitaldefizitbedingten Vulnerabilität schafft dann verletzliche Quartiere, in denen die Kriminalität erhöht ist, also Risiken gesteigert werden, und auch die Wirkungen der Kriminalität, also *harm*, erweitert sind. *Harm* betrifft dabei sowohl die Individuen, deren Coping-Fähigkeiten aufgrund der Kapitaldefizite geringer sind, als auch das gesamte Quartier, denn die schlechtere Sicherheits- bzw. erhöhte Gefährdungslage führt zu Verlusten an Sozialkontrolle, zum Rückzug von Menschen aus dem öffentlichen Raum und zu reduzierter Nachbarschaftsbindung.

Wenn die obige Argumentationskette stimmt, so ergeben sich für die verletzlichen Quartiere erweiterte Sicherheitsanforderungen. Eine Sicherheitsarbeit, die sich wesentlich auf Polizeitaktivität mit ihrem weit verbreiteten Prinzip der anlass- und einsatzbezogenen Reaktion mit dem Fokus auf Gefahrenabwehr, Intervention und Strafverfolgung konzentriert, lässt jedoch die Vulnerabilität als Orientierung für ihre Ausgestaltung unberücksichtigt. Sie betrachtet das Handeln von Tätern und die aktuelle Situation vorrangig, die Lage der (potentiellen) Opfer und deren Verletzlichkeit sowohl auf der individuellen als auch der Quartierebene äußerst nachrangig. Dies ist auch dem Fakt geschuldet, dass das (nicht nur polizeiliche) Verständnis von Sicherheit bzw. Sicherheitsarbeit eher eng ist und sich auf die Gefahr und deren Bewältigung beschränkt.

Gerade jedoch mit dem Blick auf potentielle Opfer, vulnerable Personen und Gruppen bzw. verletzliche Quartiere sollte jedoch das Konzept der Sicherheitsarbeit erweitert werden und sowohl der Gefahrensituation vor- und nachgelagerte Aspekte aufgreifen, um so die für Kapitaliendefizite relevanten Faktoren zu erfassen, ggf. zu kompensieren, und die Schutzpotentiale sowie Coping-Fähigkeiten zu stärken.

Vorgelagert sind die Konzepte der *Prophylaxe* im Sinne der Primärprävention und der (Sekundär- oder situativen) (Kriminal-) *Prävention*. Die Stärkung der *Resilienz* als Widerstandsfähigkeit sowie der *Coping*-Fähigkeit als Abwehr- und Verarbeitungskompetenz zählen weiterhin dazu. Nachgelagert wäre die *Re-*

storage), also die Wiederherstellung von Sicherheit nach einer eingetretenen Schädigung. Diese Ansätze rahmen die Sicherheitsmaßnahmen der *Security* (Gefahrenabwehr/Schutz), der *Intervention* sowie die *Strafverfolgung* (vgl. Frevel 2015).

Sicherheitsarbeit in verletzlichen Quartieren soll also im Sicherheitsbegriff breit verstanden werden und die Kapitalien der Quartiersbewohner, insbesondere das soziale Kapital, als Ressourcen für „mehr Sicherheit“ berücksichtigen.

### „Collective Efficacy“ – Nutzung des Sozialen Kapitals in Städten

Bereits die oben genannten „Klassiker“ der stadtsoziologisch orientierten Kriminalitätsforschung betonten die Bedeutung des Quartiers und dessen sozialer Kohäsion für die soziale Kontrolle und deren Effekte auf abweichendes Verhalten. In der Mitte der 1990er Jahre gewann die Diskussion über das soziale Kapital vor allem in den USA aber auch in europäischen Staaten an Bedeutung (vgl. Franzen/Freitag 2007; für Sicherheit in Wohnquartieren: Friedrichs/Oberwittler 2007, S. 452 f.). Entscheidende Impulse erfuhre diese Debatte durch den *Collective Efficacy*-Ansatz von Robert J. Sampson (2012; Sampson et al. 2007).

„Our basic premise is that social and organizational characteristics of neighborhoods explain variations in crime rates that are not solely attributable to the aggregated demographic characteristics of individuals. We propose that the differential ability of neighborhoods to realize the common values of residents and maintain effective social controls is a major source of neighborhood variation in violence“ (Sampson et al. 2007, S. 918)

Soziale Kontrolle sei hier nicht reduziert auf eine Reaktion auf abweichendes Verhalten mit formalisierten Regeln und Konformitätseinforderungen durch Polizei und Justiz. Vielmehr beziehe sie sich auf die Fähigkeit einer Gruppe, hier: Quartiersbewohner, sich über Werte und Verhaltensweisen zu verständigen und diese auch zu repräsentieren. „One central goal is the desire of community residents to live in safe and orderly environments that are free of predatory crime“ (ebd.).

Der Nachbarschaftsbegriff von Sampson u.a. hat eigentlich nichts mit einem normativ überfrachteten Nachbarschaftskonzept mit engen sozialen Beziehungen und Freundschaften, der beständigen Bereitschaft mit etwas Kaffee oder Mehl auszuhelfen, „mal eben“ auf die Kinder aufzupassen etc. zu tun. Diese Idylle steht nicht im Blick, sondern es wird vielmehr der Aspekt von „trust“, verstanden als (Grund-)Vertrauen im Sinne von gemeinsamen Erwartungen, ins Zentrum gerückt. Unter Anerkennung der Theorien der Sozialen Desorganisation (z.B. Kubrin/Weitzer 2003; für die deutsche Diskussion vgl. z.B. Heitmeyer 2004) wird Sozialkontrolle als Herausforderung an die Gemeinschaft und funk-

tionierende akzeptierte Institutionen betrachtet und nicht Individuen zugewiesen.

„This theoretical framework recognizes the transformed landscape of contemporary urban life and assumes that while community efficacy may depend on some level of working trust and social interaction, it does not require that neighbors or local police officers be one's friend. Institutional mechanisms may be sufficient“ (Sampson 2012, S. 152).

Die ‚Wirksamkeit des Kollektivs‘ basiert auf Vertrauen zueinander, auf den gemeinsam geteilten Interessen und Grundwerten sowie deren individueller oder gemeinschaftlicher Verteidigung z.B. durch Ermahnung von Störern, Schulschwänzern etc.

Nachbarschaften und Quartiere, die im Sinne der *collective efficacy* soziale Kohäsion und Fähigkeiten entwickeln, können nachweislich auch geringere Kriminalitätsbelastungen aufweisen, insbesondere in den Deliktsbereichen Körperverletzung und Gewalt, Sachbeschädigung sowie Alkohol- und Drogenkonsum (mit den weiteren Folgedelikten) (für Fallbeschreibungen, methodische Analysekonzept und Auswertungen vgl. z.B. Sampson 1997; Rukus/Warner 2012, Armstrong et al. 2015). Die Sicherheit in diesen Quartieren beruht also nicht auf der Repression gegenüber Störern und Straftätern durch Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden, sondern auf dem Sozialkapital und der Resilienz der Bewohnerschaft sowie der sich daraus ergebenden Präventionswirkung, die sowohl der Primär- als auch der Sekundärprävention, der situativen und zonenbezogenen Prävention zugerechnet werden kann und insgesamt auf den Gemeinwesenbezug aufbaut.

Die Herausforderung liegt nun darin, das Sozialkapital in einem Quartier zu entwickeln und zu nutzen. Insbesondere in den Nachbarschaften, die als letztlich einzustufen sind, weil dort eine kapitalarme Bewohnerschaft in (häufig erzwungener) Segregation besteht, ist also die Sicherheitsarbeit nicht auf „mehr Polizei“ auszurichten, sondern im Sinne der Sozialkapital-Stärkung zu gestalten. Es bedarf eines *Empowerment* der Bewohnerschaft als Ganzes und nicht nur der Individuen (Perkins 2010):

„Empowerment has been defined as *an intentional ongoing process centered in the local community, involving mutual respect, critical reflection, caring, and group participation, through which people lacking an equal share of valued resources gain greater access to and control over those resources; or a process by which people gain control over their lives, democratic participation in the life of their community, and a critical understanding of their environment.*“ (Hervorhebung i.O.)

*Empowerment* als Prozess und Ergebnis findet auf drei Ebenen statt, die Perkins wie folgt erfasst:

*Tab. 1: Levels, Processes and Outcomes of Empowerment*

Levels	Processes	Outcomes
Individual	Participation in community organizations	Perceived control and resource mobilization skills
Organization	Collective decision-making, shared leadership	Organizational development, networks, policy leverage
Community	Collective action to access resources	Pluralism, coalitions, accessible resources

Quelle: Perkins 2010, S. 210

### *Praxisprogramme zur Sicherheit in der Stadt*

Die Fragen zur Sicherheitsgewährung in Kiezen werden mit unterschiedlich ausgerichteten, in der spezifischen Zielsetzung differenten, jedoch konzeptionell verwandten Ansätzen versucht zu beantworten. Drei davon werden im Folgenden grob skizziert:

#### Soziale Stadt

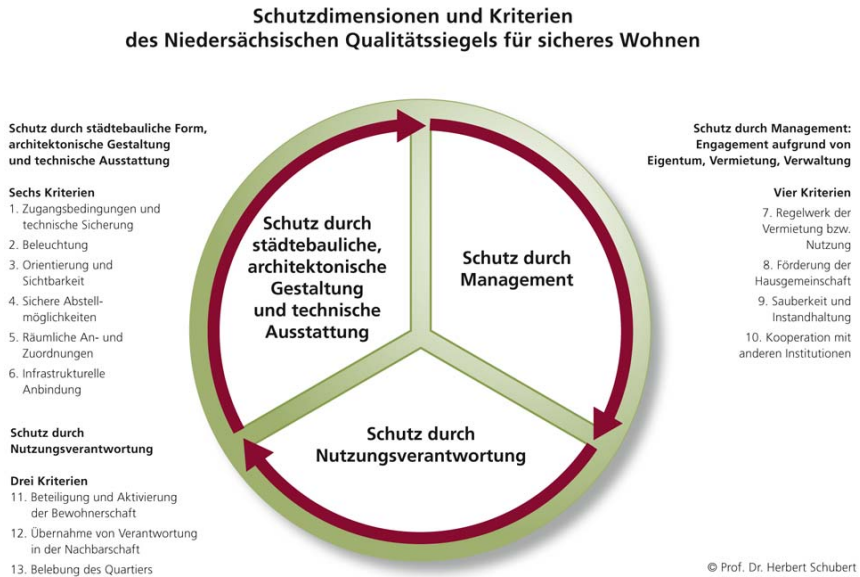
In dem bundesdeutschen Programm „Soziale Stadt“ geht es um „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit soll in Verbindung mit Ländern und Gemeinden hier die „Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile gefördert werden“ (BMUB 2016). Einen erheblichen Anteil an der Förderung hat die bauliche Komponente, die Bedeutung von „Bildung, Integration, Gesundheitsförderung und Prävention, Stärkung der lokalen Ökonomie, Ausbildung und Beschäftigung“ (ebd.) zur Verbesserung der Quartiersqualität wird jedoch hervorgehoben. In der Umsetzungspraxis werden hierzu teilweise sehr umfangreiche, auf die lokale Situation abgestimmte Projekte entwickelt, die darauf gerichtet sind, die sozialen Kapitalien zu stärken, Vernetzungen anzuregen, kiezspezifische Programme zur Integration zu fördern. Fand das 1999 erstmals aufgelegte Programm bis ca. 2005 relativ viel Aufmerksamkeit in der Stadtforschung (bspw. Krummacher et al. 2003; Greiffenhagen/Neller 2005), so sind aktuelle Analysen zur Konzeption kaum zu finden und werden eher Einzelfall-evaluationen z.B. zu Städten oder Problembereichen (z.B. Gewalt und Kriminalprävention: BMVBS 2013) vorgelegt.

Der Kerngedanke des Programms ist für die hier diskutierte Thematik jedoch von besonderer Relevanz. Die lokalen Problemlagen werden auf der Quartiers- bzw. Stadtteilebene differenziert erfasst, die örtlichen Akteure (z.B. aus den Kommunalbehörden, Wohnungsbaugenossenschaften, Wirtschaft, Wohlfahrtsverbände etc.) und die Bewohnerschaft sollen die lokalen Handlungsbedarfe abstimmen und Konzepte entwickeln. Das *Empowerment* der Bewohner ist ein wesentliches Ziel. Ein erfolgreiches *Empowerment* mit *Collective Efficacy* kann die Verletzlichkeit des Quartiers mindern und somit auch Kriminalität, Gewalt und andere Formen sozialschädlichen Verhaltens mindern.

### Sozialräumliche Kriminalprävention

Konkreter sind für den Sicherheitsbereich die Ansätze der sozialräumlichen Kriminalprävention gestaltet. Unter Bezugnahme auf die genannten Klassiker zur Erklärung von abweichendem Verhalten im Quartier (*defensible space*, *routine activity*, *broken windows*; s.o.) und unter Einbeziehung des CPTED-Ansatzes (*Crime Prevention through Environmental Design*; vgl. Crowe 2000) wird mit einem interdisziplinären Ansatz auf vier Handlungsebenen eine präventive Sicherheitsgewährung im Raum angestrebt. Sie betreffen a) soziale Infrastrukturangebote für verschiedene Bewohnergruppen, b) das Sozialmanagement von wohnungswirtschaftlichen Akteuren, c) bauliche und materielle Aspekte der Architektur und des Städtebaus im Siedlungsraum sowie d) die lokale Selbstorganisation mit dem informellen Zusammenspiel in der Nachbarschaft (Schubert 2015, S. 267f.). Für den deutschen Raum hat insbesondere Herbert Schubert die Theorie und die Praxisanforderungen für die sozialräumliche Kriminalprävention weiterentwickelt und in diesem Kontext auch das Konzept „Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen“ (vgl. [sicherheit-staedtebau.de](http://sicherheit-staedtebau.de)) unterstützt. Hier werden 13 Schutzdimensionen und Kriterien differenziert, die Hinweise für eine kooperative Sicherheitsarbeit im Stadtteil geben.

Abb. 3: Schutzdimensionen und Kriterien des Niedersächsischen Qualitätssiegels für sicheres Wohnen



Quelle: <http://sicherheit-staedtebau.de/web/kriterien-des-qualitaetssiegels.html>

Der Bezug zu Sampsons Ansatz der *Collective Efficacy* wird mit den Hinweisen auf die Beteiligung und Aktivierung der Bewohnerschaft, der Übernahme von Verantwortung in der Nachbarschaft sowie der Förderung der Hausgemeinschaft deutlich. Ferner verweist Schubert (2015, S. 273) auf die Rolle der Risiko- und Kontrollsignale. Den Grundlagen des SCP-Forschungsansatzes (*Signal Crimes Perspective*; vgl. Innes 2004) folgend werden hier auch die für die verletzlichen Quartiere bedeutsamen *risk*- und *harm*-Fragen mit aufgegriffen.

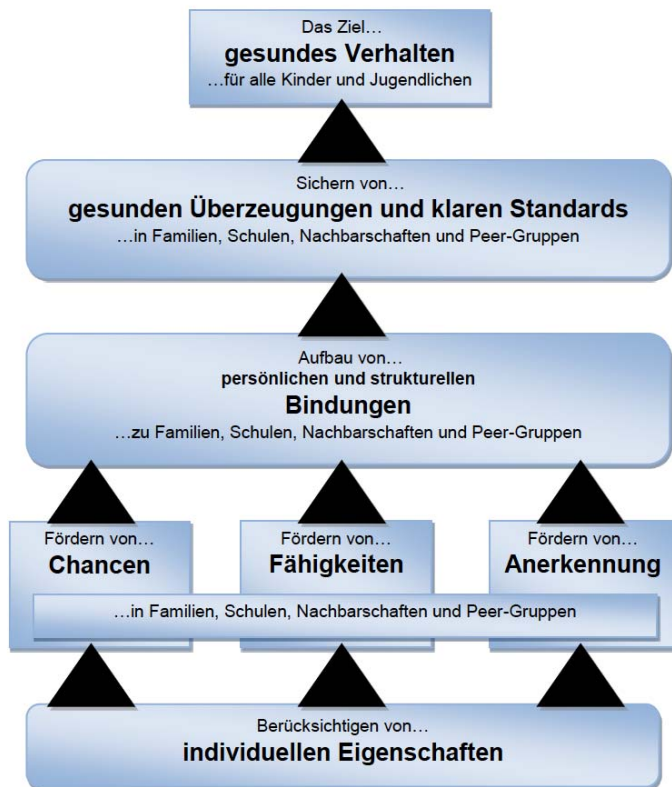
### „Communities That Care“ (2.0)

Die Bedeutung der nachbarschaftlichen Beziehungen im Quartier mit einem besonderen Fokus auf die informelle Sozialkontrolle des Verhaltens von Jugendlichen durch die Bewohner und die im Quartier aktiven Organisationen bildet auch die Grundlage für den in den USA entwickelten (vgl. Hawkins et al. 2014; <http://www.communitiesthatcare.net>) und vom Landespräventionsrat Niedersachsen (vgl. Groeger-Roth, Schubert 2013; [www.ctc-info.de](http://www.ctc-info.de)) nach Deutschland importierten Ansatz „Communities That Care“ (CTC). CTC betont den



Zusammenhang einer im weitesten Sinne „fürsorglichen“ Gemeinschaft im Quartier, die Risiken (insbesondere Gesundheitsverhalten, Gewalt- und Kriminalprävention) für Kinder und Jugendliche bewusst erkennt und mit geprüften Analyseinstrumenten empirisch erfasst sowie diesen mit evidenzbasierten Konzepten begegnet. Eingebettet in eine *Social Development Strategy* sollen mit dem gemeinwesenorientierten Konzept Schutzfaktoren genutzt und entwickelt werden.

Abb. 4: Schutz aufbauen – Die soziale Entwicklungsstrategie des CTC



Quelle: Landespräventionsrat Niedersachsen 2015, S. 14

*Sicherheit produzieren unter Berücksichtigung der Verletzlichkeit*

Es zeigt sich bei den verschiedenen theoretischen Zugängen – angefangen bei Newmans *Defensible Space*-Theorie bis zum *Collective Efficacy*-Ansatz von Sampson – sowie den praxisorientierten Konzepten der Sozialen Stadt bis zum CTC-Projekt, dass die sozialen Bezüge in den Wohnquartieren als besonders bedeutsam hervorgehoben werden. Soziale Integration mit ihren Effekten auf Vertrauen und Stärkung der informellen Sozialkontrolle sowie eine bewohner- bzw. gemeinwesenorientierte Wohnungswirtschaft und eine bedürfnis- und bedarfsorientierte Angebotsgestaltung von öffentlichen und wohlfahrtsverbandlichen Trägern bilden die Grundlage für mehr Sicherheit im Kiez.

Gerade in verletzlichen Quartieren, die auch unter Verwahrlosung, Gewalt und Kriminalität besonders leiden, gilt es das soziale Kapital zu stärken (und auch die anderen Kapitalien bzw. Ressourcen aufzubauen), um die Verletzlichkeit zu reduzieren und so mittelbar Sicherheit zu fördern. Eine Sicherheitsarbeit, die sich im Wesentlichen auf *response* konzentriert und polizeiliche Deutungen in den Vordergrund rückt, kann nur begrenzte Wirkung entfalten. Notwendig sind in den verletzlichen Quartieren ein weiter Sicherheitsbegriff und ein umfassenderer Ansatz, der mit einem Mix des Quartiersmanagements von Arbeitsförderung, Bildungs- und Freizeitangeboten, Beratung, Betreuung, Integration, Sozialraumgestaltung, Wohnungsbewirtschaftung und vielen anderem mehr arbeitet.

Institutionell sind für eine solche Gemeinwesenarbeit sehr viele Akteure gefordert, also verschiedene Ämter der Kommune, Wohlfahrtsverbände, Freizeitvereinigungen, Wohnungswirtschaft, Nachbarschaftsinitiativen etc. Wichtig ist dabei aber nicht, dass sie jeweils nur in ihrem Zuständigkeitsbereich handeln und der hier geforderten Denklöge verhaftet bleiben, sondern dass sie kooperativ mit ihren spezifischen Potentialen und unter Berücksichtigung der Handlungsbedingungen der anderen Akteure arbeiten (Frevel/Kober 2012, S. 354). Kooperative Quartiers- und Sicherheitsarbeit ist hier gefordert, für die es mit Kriminalpräventiven Räten und Ordnungspartnerschaften durchaus nutzbare Grundmuster gibt, die jedoch die Bedürfnisse und Bedarfe der Betroffenen (also insbesondere verletzte Personen, Gruppen und Quartiere) häufig weniger aufgreift und mehr aus der Perspektive der Institutionen mit ihren Kompetenzen, Ressourcen und Zielen plant. Eine Sicherheitsarbeit, die mehr die (potentiellen) Opfer berücksichtigt und das *Empowerment* der Bewohnerschaft anstrebt, kann mehr Sicherheit nach sich ziehen als konsequente polizeiliche Einsatzbewältigung es vermag. Auf die Arbeit der Polizei wird nicht verzichtet werden können, aber es gilt sich zu gegenwärtigen, dass sie phänomenorientiert ist und somit in der Reichweite begrenzter ist als ein *community policing*, das die *community* betont und den *policing*-Begriff als Sicherheitsarbeit weit aus-

legt. Wird Sicherheitsarbeit von der Frage „Wessen Sicherheit?“ aus gedacht, so wird deutlich, dass es gerade verletzte Quartiere sind, die umfassende Sicherheitsarbeit benötigen, die sich nicht auf Intervention reduziert, sondern Prävention, Resilienz und Restoration konzeptionell mitdenkt. Dann kann mit Gemeinwesenarbeit die Sicherheit schaffende *Collective Efficacy* erreicht werden.

### Literatur

- Armstrong, T. A./Katz, C. M./Schnebly, S. M. 2015: The Relationship Between Citizen Perceptions of Collective Efficacy and Neighborhood Violent Crime. In: *Crime and Delinquency*, Jg. 61 (2015), H. 1, S. 121-142
- Bals, N. 2004: Kriminalität als Stress – Bedingungen der Entstehung von Kriminalitätsfurcht. In: *Soziale Probleme*. Jg. 15 (2004), H. 1, S. 54-76
- Bannenberg, B./Rössner, D./Coester, M. 2006: Hasskriminalität, extremistische Kriminalität, politisch motivierte Kriminalität und ihre Prävention. *Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention*. Wiesbaden, S. 17-59
- Bartkowiak-Théron, I./Asquith, Nicole L. 2012: The extraordinary intricacies of policing vulnerability. In: *Australasian policing: a journal of professional practice and research*, Jg. 4 (2012), H. 2, S. 43-49
- BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hg.) 2016: Soziale Stadt. Internet: <http://www.bmub.bund.de/themen/stadt-wohnen/staedtebau-foerderung/soziale-stadt-bivaq/soziale-stadt/> [zuletzt aufgesucht am 18.4.2016]
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) 2013: Gewalt und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt. BMVBS-Online-Publikation 17/2013. Internet: [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2013/DL\\_ON172013.pdf](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2013/DL_ON172013.pdf) [zuletzt aufgesucht am 18.4.2016]
- Boers, K. 1991: Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Pfaffenweiler
- Bornewasser, M./Köhn, A. 2012: Subjektives Sicherheitsempfinden. In: Frevel, B. (Hg.): *Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Netzwerke, Politikgestaltung und Perspektiven*. Frankfurt/M., S. 190-225
- Bourdieu, P./Wacquant, L. J. D. 1996: *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt/M.
- Chakraborti, N./Garland, J. 2012: Reconceptualizing hate crime victimization through the lens of vulnerability and 'difference'. In: *Theoretical Criminology*, Jg. 16 (2012), H. 4, S. 499-514
- Cohen, L. E./Felson, M. 1979: Social Change and Crime Rate Trends. A Routine Activity Approach. In *American Sociological Review*, Jg. 44 (1979), H. 4, S. 588-608
- Crowe, T. D. 2000: Crime prevention through environmental design: Applications of architectural design and space management concepts. Stoneham/MA
- Farwick, A. 2012: Segregation. In: Eckardt, F. (Hg.): *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden, S. 381-420
- Frevel, B. 2015: Sicherheitsprobleme – objektiv festgestellt oder kooperativ ausgehandelt? In: Zöche, P., Kaufmann, S./Arnold, H. (Hg.): *Sichere Zeiten? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung*. Berlin, S. 109-126

- Frevel, B. 2016: Sicherheit. Ein (un)stillbares Grundbedürfnis. Wiesbaden
- Frevel, B./Kober, M. (2012): Perspektiven kooperativer Sicherheitspolitik. In: Frevel, B. (Hg.): Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Netzwerke, Politikgestaltung und Perspektiven. Frankfurt/M., S. 337-358
- Friedrichs, J./Oberwittler, D. 2007: Soziales Kapital in Wohngebieten. Sonderheft 47 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden, S. 450-486
- Franzen, A./Freitag, M. (Hg.) 2007: Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Sonderheft 47 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden, S. 66-90
- Green, S. 2011: Crime, victimisation and vulnerability. In: Walklate, S. (Hg.): Handbook of Victims and Victimology. London/New York, S. 91-118
- Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hg.) 2005: Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“. Wiesbaden
- Greve, W. Hosser, D./Wetzels, P. (1996): Bedrohung durch Kriminalität im Alter. Kriminalitätsfurcht älterer Menschen als Brennpunkt der Gerontoviktimologie. Baden-Baden
- Groeger-Roth, F./Schubert, H. (2012): „Das kommt aus Amerika, das geht hier nicht...“ Erfahrungen mit CTC in Niedersachsen. In: Kerner, H.-J./Marks, E. (Hg.): Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2012. Internet: <http://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=1156> [zuletzt aufgesucht am 9.5.2016]
- Hawkins, J. D./Catalano, R. F./Kuklinski, M. R. 2014: Communities that care. In: Encyclopedia of Criminology and Criminal Justice. New York, S. 393-408
- Heitmeyer, W. 2004: Einleitung: Auf dem Weg in eine desintegrierte Gesellschaft? In: Heitmeyer, W. (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Bd. 1. Frankfurt/M., S. 9-29
- Holm, A. 2011: Gentrification in Berlin: Neue Investitionsstrategien und lokale Konflikte. In: Herrmann, H./Keller, C./Neef, R./Ruhne, R. (Hg.): Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadt(soziologie). Wiesbaden, S. 213-232
- Hope, T. 2011: Theory and method. The social epidemiology of crime victims. In: Walklate, S. (Hg.): Handbook of Victims and Victimology. London/New York, S. 62-90
- Innes, M. 2004: Signal crimes and signal disorders: notes on deviance as communicative action. In: The British Journal of Sociology, Jg. 55 (2004), H. 3, S. 335-355
- Killeas, M. 1990: Vulnerability. Towards a better understanding of a key variable in the genesis of fear of crime. In: Violence and Victims, Jg. 5 (1990), H. 2, S. 97-108
- Krummacher, M./Kulbach, R./Waltz, V./Wohlfahrt, N. 2003: Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement: Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit. Opladen
- Kubrin, C. E./Weitzer, R. 2003: New directions in social disorganization theory. In: Journal of Research in Crime and Delinquency, Jg. 40 (2003), H. 4, S. 374-402
- Landespräventionsrat Niedersachsen (Hg.) 2015: Prävention nach Maß: Communities That Care – CTC. Prävention in der Kommune zielgenau und wirksam planen. Hannover
- Müller, A. 2012: Soziale Exklusion. In: Eckardt, F. (Hg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden, S. 421-448

- Newman, O. 1973: *Defensible Space. Crime Prevention through Urban Design*. New York
- Oberwittler, D. 2004: Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz. Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz. In: Oberwittler, D./Karstedt, S. (Hg.): *Soziologie der Kriminalität, Sonderheft 43 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Wiesbaden, S. 135-170
- Perkins, D. D. 2010: Empowerment. In: Couto, R. A. (Hg.): *Political and Civic Leadership*. Thousand Oaks, CA, S. 207-218.
- Polizeipräsident in Berlin (Hg.) 2014: *Kriminalitätsbelastung in öffentlichen Räumen. (Kriminalitätsatlas Berlin 2013). Karten zur Kriminalitätsverteilung in Berlin*. Berlin
- Rukus, J./Warner, M. E. 2012: Crime rates and collective efficacy. The role of family friendly planning. Internet: <http://dc.doi.org/10.1016/j.cities.2012.09.006>. [zuletzt aufgesucht am 9.5.2016]
- Sampson, R. J. 2012: Great American city: Chicago and the enduring neighborhood effect. Chicago
- Sampson, R. J./Raudenbush, S. W./Earls, F. 1997: Neighborhoods and violent crime: A multilevel study of collective efficacy. In: *Science*, Jg. 277 (1997), H. 5328, S. 918-924
- Schneider, H.-J. 2003: Hasskriminalität: eine neue kriminologische Deliktskategorie. In: *Juristen-Zeitung*, Jg. 58 (2003), H. 10, S. 497-504
- Schöne, M. 2011: Pierre Bourdieu und das Feld Polizei. Ein besonderer Fall des Möglichen. Frankfurt/M.
- Schubert, H. 2015: Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen. In: Floeting, H. (Hg.): *Sicherheit in der Stadt. Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen*. Berlin, S. 263-290
- Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin 2014: *Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013. Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung*. Berlin
- Wetzels, P./Greve, W./Mecklenburg, E./Bilsky, W./Pfeiffer C. 1995: *Kriminalität im Leben alter Menschen. Eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht*. Stuttgart/Berlin/Köln
- Wilson, J. Q./Kelling, G.L. 1982: Broken Windows. In: *Atlantic Monthly*, Jg. 249 (1982), H. 3, S. 29-38
- Wurtzbacher, J. 2008: *Urbane Sicherheit und Partizipation: Stellenwert und Funktion bürgerschaftlicher Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention*. Wiesbaden